

Beschluss des Landrats vom 30.05.2024

Nr. 592

27. Braucht Basel-Stadt eine Volluniversität?

2024/221; Protokoll: pw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen.

Roman Brunner (SP) stellt fest, es folge der nächste Angriff auf die Universität Basel. Nachdem in der letzten Landratssitzung über die gemeinsame Trägerschaft diskutiert wurde, kommt nun der Angriff auf die Volluniversität. Es erstaunt nicht sonderlich, dass dieser Angriff von Caroline Mall kommt. Neben den Lippenbekenntnissen der SVP zur Universität und zur Bildung, sieht man anhand dieses Vorstosses die wahre Haltung und das politische Programm einmal mehr. Heute wurde erneut ein Vorstoss von dieser Seite eingereicht, der eine nutzenbasierte Finanzierung der Universität fordert. Es steht ein eindeutiges politisches Programm dahinter. Roman Brunner ist hingegen sehr erstaunt und masslos enttäuscht über die Haltung des Regierungsrats, der den Vorstoss entgegennehmen möchte. Der Regierungsrat unterstützt damit den Angriff auf die Universität. Dies ist unverständlich und Roman Brunner ist sehr gespannt auf die diesbezügliche Erklärung des Regierungsrats. Im Vorstoss steht: *«Gerne lade ich die Regierung ein, dem Landrat eine Vorlage (überarbeiteten Staatsvertrag) zu unterbreiten, wonach die Universität beider Basel ihren Schwerpunkt vollumfänglich auf die Life Sciences legt»*. Caroline Mall und der Regierungsrat möchten also die Universität in eine Fachhochschule für Life Sciences verwandeln. Das ist ein Paradebeispiel für die Ökonomisierung der Bildung. Nur was medizinisch und wirtschaftlich auswertbar ist, darf Bestandteil der universitären Forschung sein. Dies widerspricht aber der grundsätzlichen Idee einer humanistischen Universität. Selbstverständlich erbringen die Universitäten auch nützliche Leistungen für die Allgemeinheit. Sie betreiben die Wissenschaft aber nicht in erster Linie dafür, um den Wohlstand zu befördern, sondern um wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen. Selbstverständlich darf die Universität von Zeit zu Zeit ihr Angebot überprüfen und anpassen. Sie muss dies sogar, wenn sie eine moderne und zeitgemässe Forschung haben möchte. Die Motivation für die Anpassung darf aber nicht ein ökonomischer oder finanzieller Anreiz sein. Anstoss dafür muss die Gesellschaft und die Realität sein, in der sich die Gesellschaft befindet – mit all ihren soziologischen Zusammenhängen, mit ihrer Rechtsprechung, mit ihrer Sprache und Kommunikation, mit ihrer Geschichte und Kultur und ihrem politischen System. *«Die Volluniversität»* – dies ein Zitat aus einem Artikel von Konrad Schmid aus der NZZ – *«mit ihrem breiten Fächerspektrum entspringt dem Willen, die Wirklichkeit in all ihren geistigen wie materiellen Dimensionen zu erforschen»*. Zur Erinnerung: Der Begriff Universität stammt vom lateinischen *universitas*, was Gesamtheit bedeutet. Genau dafür sollte Caroline Mall eigentlich auch Verständnis haben. Erst letzte Woche beim Besuch der Eröffnung des Erinnerungspfades Erster Weltkrieg bei der Fortifikation Hauenstein ging es darum, wie wünschenswert es sei, all diese Artefakte aus der Vergangenheit aus dem Boden zu holen, zu erforschen, zu untersuchen und möglicherweise auch zu erhalten. Wie schon oft gehört: Bildung ist der einzige Rohstoff der Schweiz und diesem gilt es Sorge zu tragen. Die SP-Fraktion lehnt deshalb das Postulat, den Angriff auf die Volluniversität, ab.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) sagt, auch die Mitte-Fraktion sei ziemlich überrascht über diesen Vorstoss und könne ihn so nicht unterstützen. Was bedeutet eine Volluniversität? Gemäss Wikipedia: Geisteswissenschaften, Rechtswissenschaften und Medizin. Auf der Homepage der Universität Basel wird dies präzisiert. Eine Volluniversität umfasst die Artistenfakultät, die medizinische, die juristische und die theologische Fakultät. Die Artistenfakultät oder *auch septem*

artes liberales war sozusagen das Grundstudium. Die Universität Basel hat diese vier Fakultäten noch immer und sie werden auch gebraucht. Es handelt sich um Kulturgut, dem Sorge getragen werden sollte. Die Fakultäten sind historisches und wissenschaftliches Vermächtnis der ältesten Universität der Schweiz und sie sind auch wichtig für den weltweit exzellenten Ruf – eben nicht nur in den Life Sciences. Um in den Life Sciences voranzukommen, braucht es auch Grundlagenforschung in den anderen Fakultäten. Der kostbare Ruf und die globale Ausstrahlung unserer Universität soll nicht auf Spiel gesetzt werden. Die Volluniversität an sich ist nicht die Kostentreiberin, sondern die Life Sciences verursachen hohe Kosten. Diese bringen aber auch Geld zurück und sind wichtig für die ganze Region. Es soll nicht bei der Volluniversität angesetzt werden, sondern da wo es Spielraum gibt. Dies könnten beispielsweise die kleineren Professuren sein, bei denen hinterfragt werden könnte, ob sie sinnvoll sind und ob es sie wirklich braucht. Ausserdem muss auch aufgepasst werden, da Professuren nicht einfach von heute auf morgen gekündigt werden können. Es gibt Verträge, an welche die Universität gebunden ist. Diese gehen über mehrere Jahre. Die Universität hat überdies auch eine Verantwortung den Studierenden gegenüber. Diese Verantwortung soll wahrgenommen werden. Es kann den Studierenden nicht einfach gesagt werden, diese oder jene Fakultät sei zu teuer, schaut selber, wo ihr weiterstudiert. Das Kind sollte nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden, nur weil der Kanton aktuell finanzielle Probleme hat. Die Thematik sollte wohl überlegt und sorgfältig angegangen werden, anstatt nun einfach im Hauruckverfahren irgendwelche Verträge kündigen zu wollen.

Peter Hartmann (Grüne), Landratsvizepräsident, erteilt das Wort Postulantin Caroline Mall, die ihr Postulat modifizieren möchte.

Caroline Mall (SVP) ist ganz bei Roman Brunner: Kein Angriff auf die Universität, keine Kündigung, keine Motion. Ebenso ist sie bei Béatrix von Sury d'Aspremont: Nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Beim Vorstoss handelt es sich um keine Motion, sondern um eine Frage. Caroline Mall hat gehört, sie könnte das Postulat auch in eine Interpellation umwandeln. Eine Interpellation wäre dann aber etwas gar dünn.

Zuerst ein Dank an den Regierungsrat für dessen Bereitschaft, das Postulat entgegenzunehmen. Der Regierungsrat wird wohl wissen, weshalb er dies tun möchte, weil er viel tiefer in der Thematik drin ist, als der Landrat. Caroline Mall hat vielleicht als Mitglied der IGPK Universität auch einen kleinen Vorteil. Dort können auch immer wieder viele Fragen gestellt werden. Die Tätigkeit der IGPK ist jedoch relativ beschränkt. Caroline Mall hat gut zugehört und ist auch lernfähig. Wie ist der Vorstoss zu verstehen? Es besteht der grosse Vorteil eines Life Sciences Standort, wobei allen bewusst ist, dass das meiste Geld dorthin fliesst und dass die Life Sciences am meisten kosten. Dennoch ist es doch nicht verboten über das «wie wäre es dann» nachzudenken. Weshalb soll vom Regierungsrat kein Bericht verlangt werden, in dem die Kennzahlen etc. klar dargelegt werden? Dann hätte auch die Rednerin selber alle Informationen vorliegen und müsste nicht noch weitere Vorstösse einreichen. Sie möchte in Erfahrung bringen, was mit dem Life Sciences Standort gemacht wird. Natürlich muss auch über die Wertschöpfung nachgedacht werden, aber auch den Studierenden gegenüber muss man korrekt sein.

Die Universität zeigt in ihrer Strategie 2022–2030 ganz klar, dass die Universität, möchte sie weiterhin international sichtbar und attraktiv sein, bleiben oder gar besser werden, sich weiterentwickeln muss. Sie muss sich vor allem hinsichtlich Kooperations- und Forschungsgelder verbessern. Dies sind ganz wichtige Eckpfeiler. Die Drittmittelquote ist zwar schon relativ hoch, aber wer sagt denn, dass sie nicht noch höher werden könnte? Es sollte doch Ziel sein, dass sich die Universität Basel auch in den Rankings verbessert – es könnte beispielsweise die ETH als Vergleich genommen werden. An der Universität Basel gibt es 137 Studiengänge. Entsprechend ist die Frage doch legitim, mal hinzuschauen, ob es die alle braucht, oder ob man sich nicht eher noch stärker auf den Standortvorteil Life Sciences konzentrieren möchte. Das eine schliesst das andere nicht aus.

Der Vorstoss ist weder eine Motion, noch ein Angriff auf die Universität. Caroline Mall macht lediglich von der Möglichkeit gebraucht, ein Postulat einzureichen, das der Regierungsrat erst noch entgegennehmen möchte. Sind nicht alle am Bericht interessiert, der eine gute Grundlage auch für künftige Diskussionen sein könnte? Fragen, Lesen, Verstehen – und dann ist das Geschäft abgehakt.

Caroline Mall hat den Antrag im Sinne aller wie folgt angepasst:

*Gerne lade ich die Regierung ein, dem Landrat einen **Bericht Vorlage (überarbeiteten Staatsvertrag)** zu unterbreiten, **welcher die Vor- und Nachteile einer Volluniversität bzw. einer verstärkten Fokussierung auf einzelne Disziplinen, wie z. B. der Life Sciences, aufzeigt und die Kennzahlen der einzelnen Fakultäten darlegt.** wonach die Universität beider Basel ihren Schwerpunkt vollumfänglich auf die Life Sciences legt.*

Andrea Heger (EVP) stellt fest, der Vorstoss gleiche einer Mogelpackung. Im Vorstoss steht, dass die Universität Basel bereits sehr gut sei und würden die Schwächen gestrichen, dann wäre sie noch besser. Natürlich wäre dem so, aber nur mathematisch. Der Titel des Vorstosses ist als Frage formuliert, im Auftrag an den Regierungsrat wird aber bereits vorweggenommen, wo der Schwerpunkt gesetzt werden soll. Glücklicherweise hat Caroline Mall dies nun angepasst. Die Grüne/EVP-Fraktion war auch etwas erstaunt über die Haltung des Regierungsrats, weil dieser mit der ursprünglichen Formulierung beauftragt worden wäre, zu handeln. Bei der Beratung des Vorstosses zur Universität (2024/176) an der letzten Landrats Sitzung wurde die Haltung des Regierungsrats ganz anders wahrgenommen. Der Regierungsrat hatte sich dahingehend geäußert, dass er am Verhandeln und zuversichtlich sei und die Thematik in ihrer ganzen Breite betrachtet. Der vorliegende Vorstoss ist nun aber sehr eng gefasst. Die Grüne/EVP-Fraktion vertritt wie vor zwei Wochen immer noch die Haltung, dass auch die Verhandlungstaktik berücksichtigt werden sollte. Andreas Dürr hatte sich im Rahmen der letzten Sitzung diesbezüglich ausführlich geäußert. Die Grüne/EVP-Fraktion ist damit einverstanden, dass die unterschiedlichsten Aspekte angeschaut werden müssen. Die Debatte um die Volluniversität wurde zwar bereits vor sieben oder acht Jahren geführt, und es kann mühsam sein, wenn alles immer wieder aufgerollt wird, aber die Zeiten haben sich geändert und die Menschen, die sich damit beschäftigten, haben gewechselt. Von Zeit zu Zeit müssen Dinge neu angeschaut werden und in Frage gestellt werden können. Es müssen jeweils gute Begründungen gefunden werden, weshalb etwas fortgeführt wird. Es gibt sehr gute Gründe für eine Volluniversität, vielleicht gibt es aber auch Gründe für Anpassungen. Der Grüne/EVP-Fraktion ist klar, dass in Anbetracht der finanziellen Situation von Basel-Landschaft nicht alles so weitergehen kann, wie es sich die Universität wünscht. Es braucht eine Fokussierung und es dürfte durchaus verstärkte Kooperationen mit anderen Universitäten geben. Es gibt bereits Beispiele, wo die Zusammenarbeit gut klappt – auch innerhalb der Schweiz. Caroline Mall hat das Postulat in die richtige Richtung angepasst: Es soll immerhin etwas breiter und vertiefter geprüft werden. Der Grüne/EVP-Fraktion ist der Vorstoss aber noch immer zu wenig breit, weshalb sie ihn trotz der Änderung nicht unterstützen wird – einzelne werden ihm vielleicht zustimmen. Sie würde jedoch begrüßen, gemeinsam einen neuen, breiter aufgestellten Vorstoss einzureichen.

Andreas Dürr (FDP) führt aus, der Vorstoss habe zwei Ebenen. Diese möchte er im Folgenden kurz ansprechen und unterschiedlich behandeln. Es gib die erste Ebene, um die es bereits beim Vorstoss von vor zwei Wochen ging. Nämlich den Universitätsvertrag kündigen, dem Regierungsrat den Rücken stärken, zeigen, dass Basel-Landschaft das Geld nicht mehr hat, verhandeln mit der Universität selber und dem Kanton Basel-Stadt etc. – quasi Thema «Sukkurs Regierungsrat, alles in Frage stellen». Andreas Dürr sagt zu dieser Ebene, dass er erwartet, dass in den Verhandlungen und Gesprächen die Thematik der Fokussierung aufgegriffen wird. Grundsätzlich sollten auch Basel-Stadt und die Universität begriffen haben, dass Basel-Landschaft das Geld nicht mehr hat, um im bisherigen Mass weiter zu finanzieren. Entsprechend müssten kreative Vorschläge von al-

len Seiten kommen: von der Universität und von den Regierungsräten der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt. Es ist hoffentlich unbestritten, dass die Gespräche breit geführt werden, weshalb es seitens Landrat eigentlich nicht im Zweiwochenrhythmus neue Ideen bräuchte. Die zweite Ebene ist die Qualität des Vorstosses. Es handelt sich wohl um einen Teil eines politischen Programms, das Thema Universität zu besetzen. In diesem Fall folgt die SVP vielleicht dem Motto lieber schnell als gescheit und haut deshalb Vorstösse einfach hinaus. Damit wird das Ziel erreicht, dass eine Diskussion stattfindet. Beim zweiten oder dritten Nachdenken, wird dann aber festgestellt, dass es mit dem Schnellsein zwar geklappt hat, mit dem Gescheiten aber weniger. Deshalb erfolgen dann im Laufe der Landratssitzungen Korrekturen und die Vorstösse werden so hingebogen, dass das eine oder andere Landratsmitglied dann doch noch zustimmen kann. Andreas Dürr findet diese zweite Ebene ehrlich gesagt etwas anstrengend und mühsam. Betrachtet Andreas Dürr beide Ebenen gemeinsam, dann kommt er zum Schluss, dass die erste Ebene eigentlich unnötig und die zweite anstrengend ist. Er möchte sich lieber nur einmal mit einem unnötigen anstrengenden Inhalt beschäftigen, und nicht im Zweiwochenrhythmus. Zum Postulat als Vorstossform: Die Antworten hätten auch, wie zurecht gesagt wurde, mit einer Interpellation eingeholt werden können. Es gilt zudem immer die Aussenwirkung miteinzubeziehen: Was wird geschrieben, was kommt aussen an? Hier heisst es nun: Landrat stellt Volluniversität in Frage. Der Begriff Postulat kommt aus dem Lateinischen – Andreas Dürr weiss dies als an der Volluniversität Studierender – und heisst fordern. Wird gefordert, die Volluniversität zu hinterfragen, dann ist dies etwas anderes, als einfach eine Abklärung zu treffen. In der breiten Öffentlichkeit kann dies sehr wohl falsch verstanden werden: Im Sinne von, dass der Landrat bereits fordere, die Volluniversität abzuschaffen. Eine Interpellation wäre deshalb durchaus sinnvoller gewesen. Die FDP-Fraktion lehnt den Vorstoss ab.

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) legt dar – im Wissen darum, dass Andreas Dürr dies bekannt ist –, dass zwar eine Motion in ein Postulat umgewandelt werden könne, aber ein Postulat nicht in eine Interpellation. Der Vorstoss müsste erneut als Interpellation eingereicht werden.

Roman Brunner (SP) weiss nicht, ob allen die Geschichte von Epimetheus aus der griechischen Mythologie bekannt sei. Dieser hatte einen Bruder, der Prometheus. Epimetheus hatte immer zuerst gehandelt und dann erst nachgedacht. Prometheus war das Gegenteil und riet seinem Bruder deshalb, vor dem Handeln zu überlegen. Roman Brunner ist ganz bei Andreas Dürr, dass es im Landrat nicht im Zweiwochenrhythmus solche Anträge braucht, die dann noch angepasst werden. Liebe SVP, überlegt doch zuerst, was für ein Vorstoss in welcher Form eingereicht werden soll. Wird dabei Unterstützung von anderen Fraktionen benötigt, dann soll doch im Vorfeld das Gespräch gesucht und geschaut werden, ob eine Schnittmenge gefunden werden kann. Was ist bei Prometheus passiert? Er riet seinem Bruder, die Büchse der Pandora nicht zu öffnen. Was machte Epimetheus? Er öffnete die Büchse und alles Übel und Leid ist über die Menschheit gekommen und alleine die Hoffnung ist in dieser Büchse zurückgeblieben. Roman Brunner hat diese Hoffnung immer noch, dass bei der SVP der Erkenntnisgewinn irgendwann doch noch stattfindet, dass die Vorstösse vor dem Einreichen angeschaut werden sollen.

Linard Candreia (SP) sagt, Caroline Mall ändere einen Text ab, was zwar legitim sei, aber meistens werde er schlimmer. Der Inhalt bleibt der gleiche, aber der Ton wird lieblicher. Diesbezüglich ist Linard Candreia die Fabel «Der Rabe und der Fuchs» von la Fontaine in den Sinn gekommen. Der Fuchs möchte dem Raben den Käse entlocken und er zieht dafür alle Register. Caroline Mall hat ihrerseits das schmeichelhafte Register gezogen. Dem Redner hat das Votum von Andreas Dürr gut gefallen; dessen Voten gefallen ihm ganz allgemein immer wie besser. So hat er gelernt, dass ein Postulat etwas fordert und nicht nur prüfen und berichten bedeutet. Letzte Woche ist der Jahresbericht 2023 der Universität Basel erschienen. Dieser enthält unzähli-

ge Kennzahlen. Caroline Mall hätte diesen lesen können und in der Folge ihren Vorstoss zurückziehen sollen.

Marco Agostini (Grüne) sagt, bei der Debatte ums Energiegesetz sei immer wieder vom «Bubentrickli» zu hören, das der Regierungsrat anscheinend angewendet habe. Dies heute ist nun ein «Meitlitrickli» und vor zwei Wochen gab es ein «Bubentrickli». Die SVP möchte ein Thema besetzen, das eigentlich die Grüne/EVP-Fraktion schon besetzt hat. So hat letztere gegenüber den Medien geäußert, da sie im Rahmen der Sparmassnahmen auch bereit sei, über die Universität zu sprechen. Die Änderungen sollten vor der Sitzung in der Fraktion diskutiert werden können. Marco Agostini hatte schon vor zwei Wochen gesagt, dass er die Stossrichtung gut finde, dass über die Universität und die Kosten etc. gesprochen werden soll. Scheinbar ist es die Strategie der SVP, Anpassungen erst im Verlauf der Debatte bekanntzugeben, auch wenn sie schon vorher weiss, dass sie eine Anpassung machen wird. Caroline Mall soll den Vorstoss zurückziehen und einen neuen Vorstoss verfassen. Dann kann darüber gesprochen werden. Die «Verfahrensmauschelei» geht einfach nicht.

Sabine Bucher (GLP) sagt, die GLP-Fraktion habe über die ursprüngliche Fassung des Vorstosses diskutiert. Der Regierungsrat hätte diesen entgegengenommen. Da Caroline Mall nun einiges geändert hat, ist Sabine Bucher nicht sicher, ob der Regierungsrat den Vorstoss immer noch entgegennimmt. Einige Landratsmitglieder waren schon im Vorfeld über die Änderungen informiert und hatten entsprechend Zeit, sich damit auseinanderzusetzen. Die GLP-Fraktion wusste nichts davon und ist deshalb etwas überrumpelt. Sabine Bucher geht davon aus, dass die GLP-Fraktion den Vorstoss immer noch grossmehrheitlich ablehnen wird.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) fragt, ob das nun Vorgelegte nun wirklich seriös sei. Es ist ein komplett anderer Vorstoss, als derjenige, über den ursprünglich diskutiert wurde. Béatrix von Sury d'Aspremont ist der Auffassung, dass es sich um eine Interpellation handelt. Sind Caroline Mall die Fragen so wichtig, dann könnte sie diese als Interpellation eingeben und hätte spätestens nach drei Monaten Antworten. Ausserdem ist Caroline Mall Mitglied der IPK Universität, wo sie alle Fragen stellen kann, die sie möchte. Wie von Linard Candrea erwähnt, steht auch das meiste im Jahresbericht der Universität. Der Regierungsrat ist zudem bereits im Gespräch mit der Universität und dem Kanton Basel-Stadt. Basel-Stadt ist sich der Problematik sicherlich auch bewusst. Sie sollen nun alle in Ruhe arbeiten können. Der Regierungsrat ist intelligent genug, um richtig zu verhandeln und die richtigen Fragen und Forderungen zu stellen. Es wäre sicherlich der falsche Weg, wenn der Regierungsrat nun die Büchse der Pandora öffnen würde.

Reto Tschudin (SVP) spricht vor allem als Fraktionspräsident. Er stört sich sehr am SVP-Bashing, das sich nun etabliert. Vorstösse abzuändern ist legitim. Und weshalb wendet die SVP dieses legitime Mittel an? Weil sie kompromissbereit ist. Dies wird schliesslich immer von der SVP gefordert. Caroline Mall zeigt sich heute kompromissbereit, Reto Tschudin hat es seinerseits vor zwei Wochen versucht. Dabei musste er feststellen, dass Kompromissbereitschaft leider wenig bringt, da diese einem dann wieder vorgeworfen wird. Die SVP besetzt das Thema inhaltlich nicht. Sie ist noch so froh, um alle anderen, die das Thema mittragen, um gemeinsam Lösungen zu finden. Der Vorwurf, die SVP würde das Thema besetzen, stimmt so nicht. Reto Tschudin dankt Andrea Heger für die Aussage, dass der Vorstoss nun in die richtige Richtung gehe. Dies war die Idee hinter der Anpassung von Caroline Mall vor dem Hintergrund der Äusserungen aus den verschiedenen Fraktionen. Der Regierungsrat wird wohl das Postulat auch mit der Anpassung entgegennehmen und es würde begrüsst, wenn geprüft und berichtet würde. Ein Postulat ist genau dafür da. Beim Vorstoss handelt es sich somit nicht zwingend um eine Interpellation. Ein Postulat verlangt zwar auch etwas. Dies trifft letztlich aber auch auf den Vorstoss zu. Die SVP möchte Veränderungen bei der

Universität, weil allseits bekannt ist, dass sich der Kanton Basel-Landschaft den Status quo nicht mehr leisten kann.

Nochmals: Es ist legitim, einen Vorstoss anzupassen. Es ist unverständlich, dass dies der SVP nun schon zum zweiten Mal vorgeworfen wird. In der Mittagspause wurde versucht, die Kontakte zu knüpfen und die Information so breit wie möglich zu streuen. Es ging nicht darum, die anderen Fraktionen zu überraschen – was im Übrigen auch keine besonders clevere Strategie wäre. Vielmehr ist es der Versuch, einen mehrheitsfähigen Vorstoss hinzubekommen, der am Schluss dem Kanton etwas bringt. Reto Tschudin bittet, den modifizierten Vorstoss nochmals zu lesen, und traut allen zu, sich innerhalb von fünf Minuten eine Meinung bilden zu können und sich vielleicht auch ein wenig vom gesunden Menschenverstand leiten zu lassen. Dem Regierungsrat soll die Chance gegeben werden, die richtige Richtung zu beschreiten.

Der Rest wurde schon gesagt und die Märchenstunde ist auch bereits beendet.

Marc Schinzel (FDP) möchte vier Punkte nochmals unterstreichen. Auch wenn Vorstösse angepasst werden können, sei es effektiv schwierig, wenn derart grosse Anpassungen im Laufe der Diskussion erfolgten. Hier sind es wohl 70 % des Vorstosses, die geändert wurden. Darauf konnte sich der Landrat nicht vorbereiten. Zweitens hat der Regierungsrat vom Landrat klare Zeichen erhalten und dem Regierungsrat ist der Wille des Landrats klar. Allen ist die schwierige finanzielle Situation des Kantons bekannt und der Regierungsrat weiss, wie er in die Gespräche mit Basel-Stadt reingehen sollte. Drittens muss auch gesehen werden, dass die Universität autonom ist. Aus einer freisinnigen Perspektive sollte sich eine autonome Organisation auch autonom verwalten. Entsprechend sollte es nun vorderhand um die Finanzierung respektive um die finanzielle Steuerung gehen und nicht um das Operative. Viertens ist die Universität Basel die älteste Universität der Schweiz mit einer langen humanistischen Tradition. Fächer wie Jurisprudenz, Theologie oder Philosophie und alle Personen, die über die Universität mit der Stadt verbunden sind – wie etwa Erasmus von Rotterdam –, haben schon ein Gewicht. Daran sollte schon auch gedacht werden. Es ist zwar legitim, immer mal wieder zu hinterfragen, ob es dieses oder jenes Fach noch brauche, aber die Tradition der Universität sollte dennoch im Kopf behalten werden. Eine Volluniversität ist nichts, was einfach mal so über Bord geworfen werden sollte. Es gibt durchaus auch etwas, das verloren werden könnte. All dies benötigt eine tiefergehende Betrachtung als einen Vorstoss, der nun auf die Schnelle geändert wird.

Martin Dätwyler (FDP) betont die Gemeinsamkeiten: Alle wissen, wie wichtig die Universität ist und dass der Regierungsrat nun in schwere Verhandlungen gehen muss, weil sich die finanzielle Situation des Kantons anders präsentiert als in der Vergangenheit. Der Regierungsrat hat auch schon in der Vergangenheit gezeigt, dass er gut und sehr hart verhandeln kann. Martin Dätwyler ist überzeugt davon, dass sie dies auch in Zukunft machen wird und sowohl der Universität als auch dem Kanton Basel-Stadt klar ist, dass sich die Situation verändert hat. Deshalb ist es nicht zielführend, wenn immer wieder neue Vorstösse eingereicht werden. Dem Regierungsrat soll die Zeit eingeräumt werden, um seine Arbeit zu machen. Es ist auch nicht zielführend, hier nun über Strukturen zu sprechen. Die Strukturen folgen einer Strategie. Wenn schon müsste die Strategie der Universität bezüglich Volluniversität angepasst werden – was denn auch immer eine Volluniversität in Anbetracht des heute bereits hohen Anteils an Life Sciences bedeutet. Bitte keine Symbolpolitik betreiben. Wird damit nicht aufgehört, wird dann auch irgendwann das Reputationskonto der Universität Basel darunter leiden – dies auch im Life Science Bereich.

Urs Roth (SP) hat an der letzten Sitzung zu diesem Thema geschwiegen, möchte nun aber doch noch etwas an die Adresse von SVP-Fraktionspräsident Reto Tschudin sagen. Dieser hatte als Jurist und neuer Fraktionschef vor zwei Wochen innerhalb einer Debatte zuerst eine Kündigung, dann eine vorsorgliche Kündigung – ein Begriff, den es gar nicht gibt – und zum Schluss eine ulti-

ma ratio-Kündigung beantragt. Jeder Vertrag hat eine Kündigungsklausel – ausser vielleicht der Laufentalervertrag nicht. Reto Tschudin sagt nun, es werde SVP-Bashing betrieben. Aber es handelt sich schlicht um keine seriöse Vorstosseinreichung.

Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) betont zur Frage, weshalb der Regierungsrat den Vorstoss entgegennehme, dass es sich um ein Postulat und um keine Motion handle. Postulat bedeutet Prüfen und Berichten und nichts Anderes. Erstens sind die ETH oder die HSG sehr erfolgreiche Hochschulen, weil sie sich fokussieren. Zweitens sind die Life Sciences in der Region stark. Sie generieren viel Innovation und Wertschöpfung. Unter anderem die Grundlagenforschung nützt der ganzen Schweiz. Drittens steht die Frage nach der Volluniversität bei jeder Diskussion über die Universität wie ein grosser Elefant im Raum. Deshalb erscheint es dem Regierungsrat legitim, wieder einmal eine Auslegeordnung mit allen Vor- und Nachteilen einer Volluniversität gegenüber einer Universität mit spezifischem Fokus zu erstellen. Aus diesem Grund besteht die Bereitschaft, den Vorstoss entgegenzunehmen. Klar ist, dass eine kurzfristige Änderung weg von einer Volluniversität unmöglich wäre. Die aktuelle Universitätsstrategie dauert bis 2030. Möchte die Universität dahingehend irgendwelche Änderungen vornehmen, müsste dies im Rahmen einer neuen Strategie erfolgen und das wäre entsprechend sehr langfristig ausgerichtet. Klar ist, dass der Regierungsrat bei den Verhandlungen zum Leistungsauftrag 2026–29 und insbesondere zum darauffolgenden Leistungsauftrag ab 2030 alles prüfen wird.

Regierungspräsidentin Monica Gschwind ist froh über die Präzisierungen von Caroline Mall. Nun ist der Vorstoss in dem Sinne formuliert, wie ihn der Regierungsrat bearbeiten möchte, um den Elefanten aus dem Raum zu schaffen.

Marco Agostini (Grüne) weiss, dass es sich nicht gehöre, nach dem Regierungsrat noch das Wort zu ergreifen. Er hat jedoch mit zwei Punkten etwas Mühe. Der Regierungsrat hatte vor zwei Wochen klar dargelegt, dass er keine Vorstösse seitens Landrat brauche, da er das Thema ohnehin schon ganzheitlich angehe. Nun wurde gehört, dass es doch ein Postulat brauche, damit die Frage endlich geprüft werden könne. Was gilt nun? Zudem handelt es sich erst jetzt, nachdem Caroline Mall den Wortlaut komplett über den Haufen geworfen hat, um ein Prüfen und Berichten. Vorher enthielt der Vorstoss einen klaren Auftrag. Der Regierungsrat sollte eigentlich wissen, dass es insbesondere der SVP wichtig ist, dass ihre Vorstösse genau so erledigt werden, wie sie überwiesen wurden.

Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) präzisiert, der Regierungsrat brauche den Vorstoss nicht. Der Regierungsrat wäre aber bereit, die Frage zuhanden des Landrats wieder einmal ausführlich zu beantworten. Der Regierungsrat verhandelt und bringt dabei alles ein, was ihm wichtig ist. Dies wird in den bestehenden Gremien gemeinsam mit Basel-Stadt gemacht. Prüfen und Berichten heisst nicht, dass ein abgeänderter Staatsvertrag vorgelegt wird, sondern dass ein Thema aufgenommen, geprüft und dann allenfalls auch gesagt wird, weshalb etwas nicht gewollt ist.

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) sagt, nach einer spannenden, teilweise unterhaltsamen und vor allem lyrischen Diskussion, bei der einige Alumni der Alma Mater ihr humanistisches Wissen darlegen konnten, sei es nun an der Zeit für die Abstimmung über die Überweisung des modifizierten Postulats.

://: Mit 58:21 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat abgelehnt.
